

Sozialabbau in Zahlen

Das Markenzeichen der Wulff-Regierung:

Raubgriff in die Kassen der Sozialpolitik

Die CDU behauptet, sie stehe für ein menschliches Niedersachsen und wolle die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben (Beschluss des CDU Landesparteitages am 1./2.9.2006 in Braunschweig). Die Landesregierung spricht von der „partnerschaftlichen Sozialpolitik“, die sie anstrebe.

Die Fakten sind aber:

Seit dem Regierungsantritt 2003 hat die Landesregierung – vorsichtig gerechnet – rund 165 Mio. € an Landesmitteln aus dem Haushalt des Sozialministeriums gestrichen. Die Streichungen gingen dabei - mit wenigen Ausnahmen (z.B. Mehrgenerationenhäuser als Prestigeobjekt der früheren Sozialministerin von der Leyen) - quer durch alle Felder

Die wichtigsten Kürzungen sind::

- Globale Mindereinnahmen:
 - 2007: 30 Mio.€
 - 2006: 41 Mio. €
 - 2005: 29 Mio. €
 - 2004: 41 Mio. €
- 4 Nullrunden für Behinderteneinrichtungen: 2003 bis 2007: 56 Mio. €
- Qualifizierung und Beschäftigung von Nichtsesshaften: 2005: 3,294 Mio. €
- Kürzung der Toto-Lotto-Mittel für die Freie Wohlfahrtspflege: 2004: 1,766 Mio. €; 2005: 2.027 Mio. €
- Betreuung und Versorgung schwerstkranker Kinder: 2003: 1,107 Mio. €
- Maßnahmen gegen die wachsende Kinderdelinquenz: 2005: 1,064 Mio. €
- Förderung der Jugendarbeit: 2003: 302.000 €; 2004: 1.068 Mio. €; 2005: 530.000 €
- Maßnahmen Kinder- und Jugendplan: 2003: 686.000 €; 2004: 1,914 Mio. €
- Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: 2005: 600.000 €
- Förderung von Jugendwerkstätten: 2004: 1,077 Mio. €
- Familienpolitik/Leben mit Kinder: 2003: 1,770 Mio. €

Wichtiger Hinweis:

Die Summen geben nur die Kürzungen in den jeweiligen Haushaltsjahren wieder. In Verbindung mit Nullrunden in 2006 und 2007 erhöht sich aber die Kürzungen aber noch deutlich (wenn man den Haushalt 2003 zum Maßstab nimmt).

Hinzu kommen:

- Statt die Mittel für den Städtebau wie bereits 2003 im 100-Tage-Programm versprochen, zu erhöhen, hat die Landesregierung 2005 das Programm „Soziale Stadt“ ausgesetzt und beteiligt sich seit 2004 nicht am Programm „Stadtumbau West“. Allein durch die 23,7 Mio. €, die das Land seit 2004 durch die Nichtbeteiligung am „Stadtumbau West“ einsparte, hätten zusammen mit Bundes- und kommunalen Mitteln Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 560 Mio. € realisiert werden können.

Nimmt man die 450 Mio. € hinzu, die durch die Aussetzung des Programms „Soziale Stadt“ in 2005 an privaten Investitionen nicht ausgelöst wurden, verzichtet das Land auf Investitionen von rund 910 Mio. €.

- Abschaffung des Landesblindengeldes in 2005 und teilweise Wiedereinführung ab 2007 auf gerade einmal die Hälfte der ursprünglichen Höhe für blinde Menschen.

In der Geschichte Niedersachsens hat es bisher 2 Krisengipfel der Wohlfahrtsverbände gegeben: am 4. November 2003 und am 24. November 2004.

In einer gemeinsamen Erklärung stellten die Wohlfahrtsverbände fest:

„Langjährig und notwendig aufgebaute Strukturen sozialer Hilfen werden durch die Landesregierung zerstört oder auf ein kaum vertretbares Minimum reduziert. Innerhalb von zwei Jahren wurden die Mittel der Wohlfahrtsverbände um ca. 25 % gekürzt. Keine Landesregierung hat bisher in der Geschichte des Landes Niedersachsen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege n dieser Form behandelt.“